

R M - S E R I E (1) : GLOBALISIERUNG – NEU GEORDNET **Neue Mitglieder gesucht**

INTERNATIONALE GREMIEN Die G 8 ist tot, es lebe die G 17. Europa muss Platz machen für Schwellenländer. Auftakt der siebenteiligen Reihe zur Neugestaltung der Weltwirtschaft

Von Volker Perthes

Auch nach dem G-20-Gipfel Anfang April, der, wenn er gut vorbereitet ist, eine Reihe konkreter Maßnahmen für eine verbesserte Kontrolle der internationalen Finanzmärkte beschließen wird, bleibt eine Reform der relevanten Institutionen globalen Regierens notwendig. Die Aufmerksamkeit richtet sich schon jetzt auf den italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi, der im Juni den diesjährigen G-8-Gipfel ausrichten und sicher exzellent inszenieren wird. Dabei hilft es, dass dies das erste G-8-Treffen ist, an dem US-Präsident Barack Obama teilnehmen wird. Wenn Berlusconi aber wirklich in die Geschichtsbücher eingehen will, sollte dies der letzte G-8-Gipfel überhaupt sein – ein Spitzentreffen, das nahtlos in das erste Treffen eines neuen, repräsentativeren Klubs übergehen könnte: den Gründungsgipfel einer G 16 oder G 17. Den Mitgliedern dieses Klubs würde sich die Aufgabe stellen, im wahrsten Sinne globale Probleme – Probleme also, die nicht nur global wirken, sondern auch nur durch globale Zusammenarbeit bewältigt werden können – zu beraten, um Lösungsvorschläge in die relevanten Institutionen einzubringen. Das muss nicht nur der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sein, es geht vielmehr auch um die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds, die Internationale Atomenergiebehörde, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen.

Das System der globalen Regierungsführung besteht schon heute aus unterschiedlichen Organisationen und Strukturen.

Dazu gehören neben den Vereinten Nationen und den internationalen Finanzinstitutionen diverse normative und regulatorische internationale Regime wie der Atomwaffensperrvertrag oder das Kioto-Protokoll, regionale Organisationen, aber auch „Klubs“, die in einer bestimmten Liga spielen. Die ursprünglich als G 6 gegründete Gruppe der führenden Wirtschaftsmächte, heute G 8, stellt dabei die Oberliga dar.

Es entspricht allerdings nicht mehr den Realitäten der Welt, dass diese Gruppe unter anderem Wirtschaftsprobleme berät, ohne dass China, der Staat mit den weltweit größten Finanzreserven, als Vollmitglied mit am Tisch sitzt.

Auch Brasilien, Indien, Mexiko und Südafrika sind bislang nur als Gäste der Gipfeltreffen geladen worden.

Zugegeben: Die Führer dieser Staaten haben nicht gefordert, als voll stimmberechtigte Mitglieder in eine erweiterte G 8 aufgenommen zu werden. Nicht voll repräsentiert zu sein, sondern nur bei bestimmten Fragen konsultiert zu werden, hieß und heißt auch, keine Verantwortung übernehmen zu müssen.

Das war insofern bequem, als man manche Notwendigkeit globalen Handelns zwar bejahen, sich aber darauf zurückziehen konnte, dass die alten Industriestaaten, die historisch die größte Verantwortung für Weltprobleme trugen, auch für die Problemlösung und die Bereitstellung der dafür notwendigen Ressourcen zuständig seien.

Es ist also nicht zuletzt unser europäisches und westliches Interesse, dass neue globale Mächte eine aktive Rolle bei Fragen des globalen Regierens spielen.

Die Finanzkrise hat deutlich gemacht, dass der alte Klub der G 7 zur Problembearbeitung nicht mehr ausreicht.

Die Einberufung des Weltfinanzgipfels als G 20 war eine prinzipiell richtige Reaktion, aber eben nur eine Reaktion. Trotz des Nachfolgetreffens in London wird die G 20 kaum das Format sein, in dem Weltprobleme zukünftig besprochen werden.

Gerade deshalb wäre es sinnvoll, wenn aus der G 8 ein neuer Klub hervorgeht, der ihre Aufgaben übernimmt.

Um effektiv zu sein, muss er die wichtigsten Volkswirtschaften umfassen und mit Blick auf

Bevölkerungsgröße und regionale Verteilung repräsentativ sein. Die Europäische Union, die heute die Hälfte der Sitze des „Weltklubs“ G 8 einnimmt, wird ihr relatives Gewicht darin reduzieren müssen.

Ähnliches gilt auch für andere internationale Organisationen. Mit einer G 16 oder G 17 ließe sich das machen, ohne dass einer der heute beteiligten Staaten auf seinen Sitz verzichten müsste – und schon deshalb eine Reform blockieren würde.

Wer also sollte dazugehören? Sicher die größten Wirtschaftsmächte: die Vereinigten Staaten, Japan, Deutschland und China (bei denen sich die Reihenfolge als Nummer drei und vier nach einigen Berechnungen bereits umgewandelt hat) sowie Großbritannien und Frankreich, Italien, Kanada und Russland, derzeit die Nummern sieben, neun und elf in der Weltwirtschaftsrangliste.

Auch Brasilien, das zwischen Kanada und Russland, sowie Indien, das direkt nach Russland rangiert, sollten dazukommen. Ferner wäre es sinnvoll, mit Mexiko ein zweites lateinamerikanisches Land dazuzuladen, das im weltweiten Vergleich als Nummer 14 rangiert.

Der afrikanische Kontinent sollte nicht nur repräsentiert sein, um eine Ausgewogenheit zwischen den Kontinenten zu symbolisieren, sondern weil viele der Themen, mit denen die Gruppe sich beschäftigt, Afrika unmittelbar betreffen. Südafrika und Nigeria sind zwar als Nummer 28 und 45 der Weltrangliste keine Schwergewichte, aber die vielleicht wichtigsten Vertreter Afrikas in einer solchen Runde. Vieles spricht dafür, mindestens ein Land oder zwei mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit für den islamischen Kulturraum sprechen zu lassen. Die Türkei würde sich dafür schon durch ihre Position als Nummer 17 der

Volkswirtschaften qualifizieren; Indonesien ebenfalls mit Blick auf sein wirtschaftliches und demografisches Gewicht. Ungerecht behandelt fühlen könnten sich Südkorea, das nach Wirtschaftskraft vor Mexiko liegt, und Spanien, das als achtgrößte Wirtschaftsnation vor Brasilien und Russland rangiert.

So wäre zu überlegen, ob der südostasiatisch-pazifische Raum nicht durch ein weiteres Mitglied des Klubs vertreten sein sollte. Spanien allerdings wäre der fünfte EU-Staat. Eine korrekte Spiegelung der weltpolitischen Gewichtsverhältnisse wäre dies nicht.

Die Vertreter anderer Staaten würden fragen, warum die EU, wenn sie schon den Anspruch erhebt, ein integrationspolitisches Modell zu sein, nicht auch die Interessen ihrer Mitgliedsstaaten in Institutionen der globalen Regierungsführung vertreten kann. Statt eines weiteren EU-Staates sollte deshalb die Union permanent im Kreis der Großen zugegen sein – vorläufig ohne eigenes Stimmrecht, solange sich ihre Mitglieder nicht auf eine gemeinsame Vertretung, zumindest für einen ihrer vier Sitze, einigen können.

Die neue G-Gruppe muss flexibel sein und sollte Regionalorganisationen, internationale Finanzinstitutionen oder auch Nichtregierungsorganisationen hinzuziehen sowie ihre Mitgliedschaft alle zehn Jahre überprüfen. Das ist lang genug, um alle Mitglieder zu auch langfristig angelegten Initiativen zu motivieren, und ermöglicht es zu überprüfen, wie die weltpolitischen und wirtschaftlichen Gewichte sich verschoben haben. Die Mitgliedschaft aller Staaten, die nicht mehr zu den größten Wirtschaftsmächten oder zu den zwei wichtigsten Vertretern ihres Kontinental-oder Kulturraums gehören, sollte zur Disposition stehen. Wenn Italien im Sommer zum letzten Gipfel der G 8 und zum ersten eines neuen, erweiterten Klubs einladen sollte, wird dies nicht nur Zustimmung, sondern den Ärger einiger Staaten auslösen, die keine Einladung erhalten werden. Italien aber könnte dies – möglicherweise mit Kanada, das bei Fortbestehen der G 8 im Jahre 2010 deren Präsidentschaft übernehmen würde – aushalten. Denn Italien und Kanada gehören selbst zu jenen Staaten, deren weitere Mitgliedschaft bei einer ersten Überprüfung in zehn Jahren zur Debatte stehen könnte.

Volker Perthes ist geschäftsführender Vorsitzender der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

**Aufstieg: Auf dem Plateau der G-8-Staaten wird es enger.
Etliche Schwellenländer melden zu Recht Ansprüche an.**

Teil 1: G 17 – neues Zentrum der Macht

Volker Perthes, Stiftung Wissenschaft
und Politik, Berlin

Teil 2: Neue Regeln für die Banken

Udo Steffens, Präsident der Frankfurt
School of Finance and Management

Teil 3: Neue Regeln für Steueroasen

Clemens Fuest, Direktor des Centre for
Business Taxation in Oxford

Teil 4: Neue Regeln für den Welthandel

Rolf J. Langhammer, Vizepräsident des
Instituts für Weltwirtschaft in Kiel

Teil 5: Neue Regeln für Entwicklungshilfe

Rupert Neudeck, Vorsitzender des
Hilfswerks Grünhelme e. V. in Köln

Teil 6: Neue Regeln für die Notenbanken

Volker Wieland, Direktor des Center for
Financial Studies in Frankfurt

Teil 7: Neue Regeln für die Umwelt

Bernd Meyer, Gründer des Forums für
Verantwortung in Osnabrück